



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 15
15.04.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD bei 22 % bzw. 21 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
--------------------------	---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	34 (-1)	33 (-1)
SPD	21 (-)	22 (-)
FDP	7 (-)	7 (-)
DIE LINKE	9 (+1)	9 (+1)
B'90/Grüne	14 (+1)	13 (-)
AfD	10 (-)	11 (-1)
Sonstige	5 (-1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.04.	07.-13.04.

Die Union liegt bei forsa 13 (-1) und bei Emnid 11 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	52 (+1)
Gabriel	12 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-08.04.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 40 (+2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

90 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 60 % (+2) für Merkel und 7 % (-3) für Gabriel entscheiden.

35 % (+1) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 38 % (-3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.04.2016)

Problemlösungskompetenz

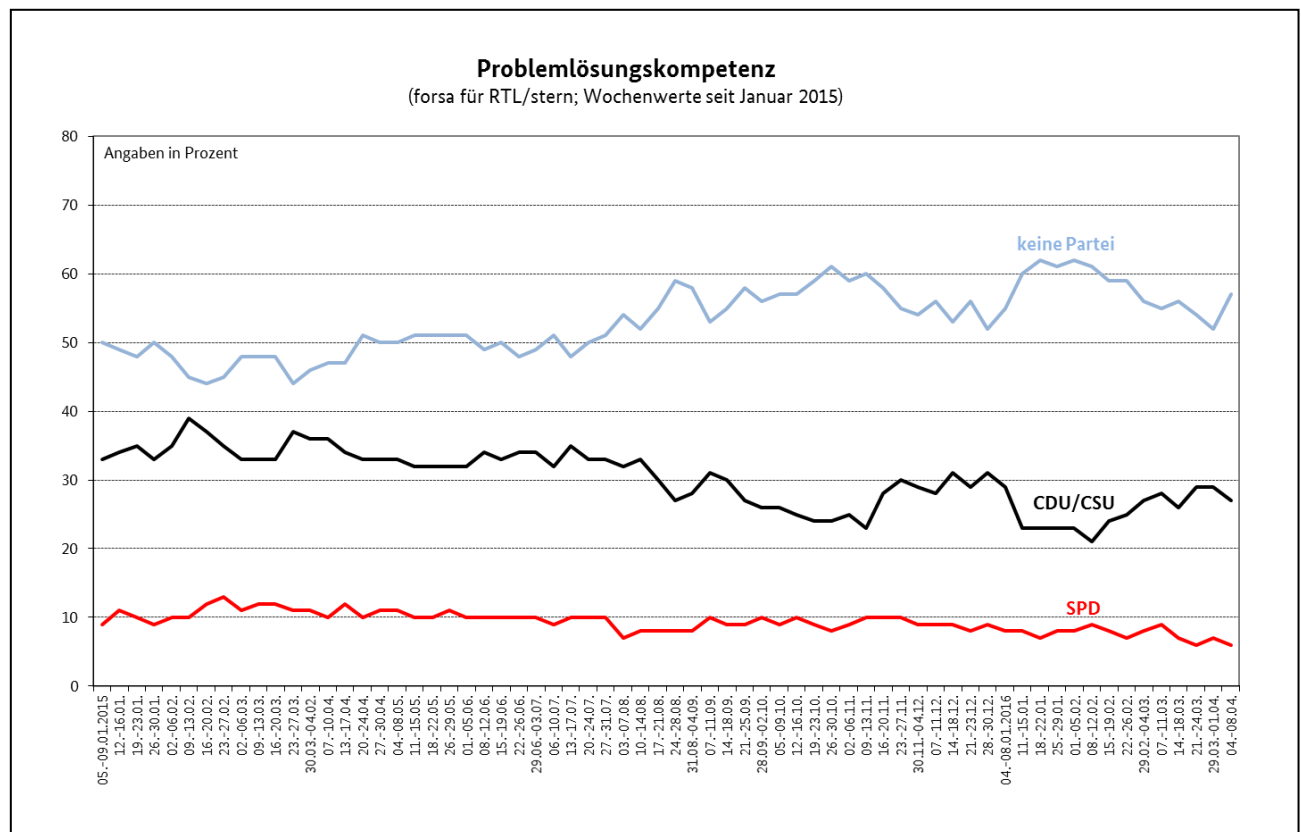
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	27 (-2)	
SPD	6 (-1)	
sonstige Parteien	10 (-2)	
keine Partei	57 (+5)	
Erhebungszeitraum	04.-08.04.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

57 % (+5) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

67 % (-3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (-4) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im April 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	73 (+1)	25 (-)	1 (-)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (+3)	30 (-3)	2 (-1)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-2)	36 (+4)	3 (-2)	1 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (+1)	36 (-1)	4 (-)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+1)	38 (-)	3 (+1)	1 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	57 (-2)	38 (+4)	4 (-1)	0 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+2)	41 (-2)	5 (-)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	52 (+1)	35 (-)	9 (-2)	3 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	48 (-2)	45 (+2)	5 (-1)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	46 (-2)	42 (+2)	10 (+3)	2 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (+2)	44 (-)	9 (-2)	1 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	38 (-1)	46 (+1)	11 (-2)	3 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	34 (-4)	49 (+2)	12 (-1)	3 (+1)
neue Technologien fördern	31 (-4)	52 (+7)	14 (-3)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	29 (-2)	52 (-)	14 (+1)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	28 (-3)	53 (-)	15 (+2)	3 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	28 (-4)	50 (+4)	17 (-2)	4 (+2)
für Preisstabilität sorgen	27 (-)	57 (+3)	14 (-2)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	26 (-6)	51 (-1)	19 (+6)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (-3)	58 (+3)	13 (-)	3 (-)
Erhebungszeitraum	06.-12.04.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von Ostdeutschen (78 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (87 %) und der SPD (81 %) als besonders prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (81 % zu 63 %). 50- bis 59-Jährige (67 %) sowie Anhänger der AfD (56 %) und der Grünen (67 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 50- bis 59-Jährigen (76 %) und Anhängern der AfD (83 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit einfacher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (72 % zu 57 %). Unter 40-Jährige (57 %), Ostdeutsche (60 %) sowie Anhänger der Grünen (55 %) und der Linkspartei (60 %) sehen die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Der Umwelt- und Klimaschutz wird von unter 30-Jährigen (65 %) sowie von Anhängern der Grünen (71 %), der SPD und der Linkspartei (jew. 68 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. 30- bis 39-Jährige (50 %) und Anhänger der AfD (46 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen April 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	68 (-5)	23 (+5)
neue Technologien fördern	67 (-)	23 (+1)
für Preisstabilität sorgen	65 (-2)	29 (+3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (+3)	33 (-4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	62 (-5)	32 (+5)
deutsche Interessen in der EU vertreten	62 (-2)	33 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	62 (+3)	34 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (+2)	38 (-1)
Verbraucherschutz stärken	56 (+1)	36 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	56 (-1)	37 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	56 (+4)	40 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	56 (-3)	41 (+2)
Staatsschulden begrenzen	55 (-2)	39 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	49 (+1)	44 (-2)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-1)	46 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	44 (+2)	50 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	43 (-1)	53 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	35 (+3)	62 (-4)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (-5)	62 (+4)
Steuerlast gerecht verteilen	28 (-1)	68 (-)
Erhebungszeitraum	06.-12.04.2016	

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (68 %).

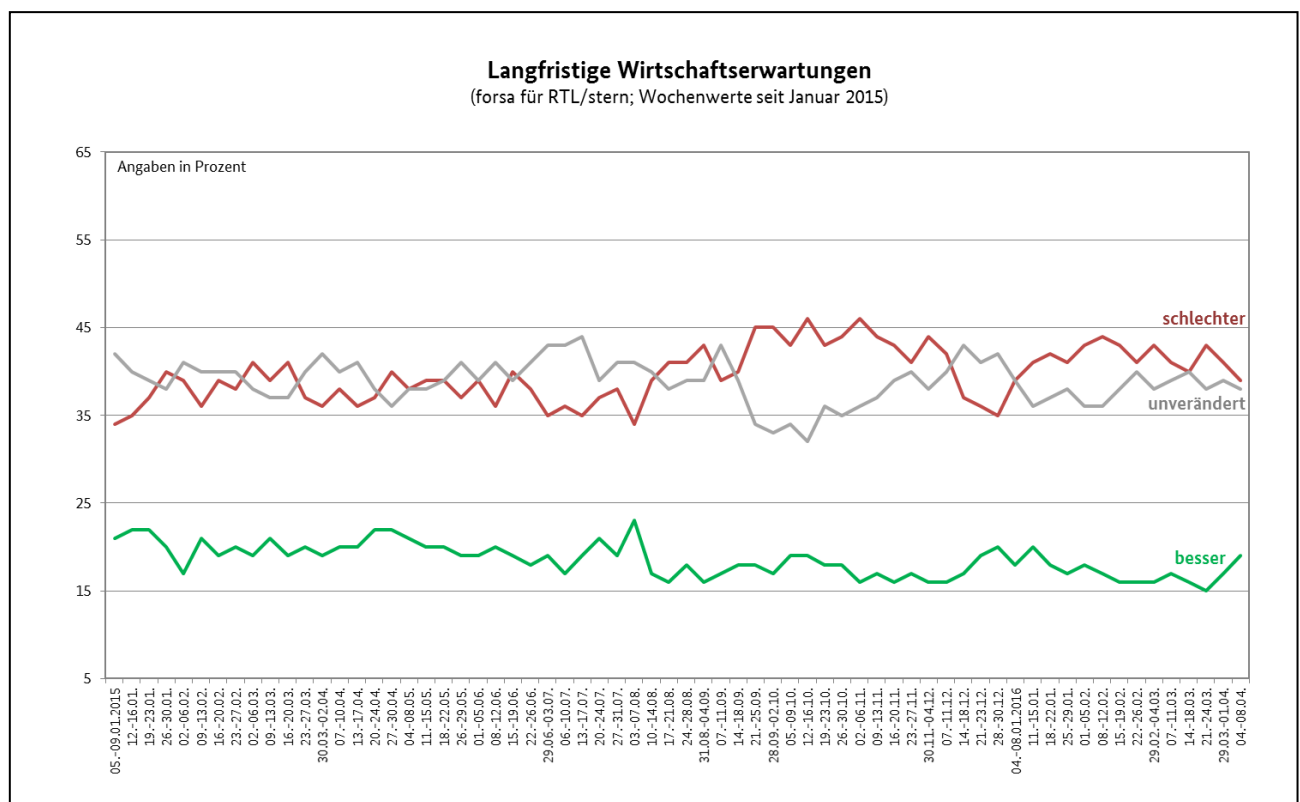
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
besser	19 (+2)
schlechter	39 (-2)
unverändert	38 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-08.04.

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 20 (-4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	16	(-1)
schlechter als vor einem Jahr	15	(-1)
genauso wie vor einem Jahr	69	(+3)
Erhebungszeitraum	04.-08.04.	

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (23 % zu 8 %).

Auch Gutverdiener (21 %) nehmen überdurchschnittlich häufig eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

Geringverdiener (26 %) nehmen überdurchschnittlich häufig eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	22	(-)
in einem Jahr schlechter	14	(-)
ungefähr so wie jetzt	63	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.04.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (34 % zu 14 %).

Auch Geringverdiener (27 %) erwarten überdurchschnittlich oft eine Verbesserung.

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	52	(-2)
zurzeit eher ungünstig	39	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.04.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (66 % zu 35 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (61 % zu 40 %). Dieser Ansicht sind auch 30- bis 59-Jährige (60 %) überdurchschnittlich oft.

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA	
eher optimistisch	44	(-4)
eher pessimistisch	33	(+3)
Erhebungszeitraum	04.-08.04.	

Insbesondere Gutverdiener (53 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (49 %) glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	49 (-6)
Satire über Erdogan, Jan Böhmermann, Reaktion der Bundesregierung	22 (+19)
Panama Papiere	10 (-5)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-2)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	5 (-2)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5 (+4)
Erhebungszeitraum	12.-13.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen über 65-Jährige (57 %) sowie Anhänger der AfD (63 %), der Linkspartei (62 %) und der Grünen (57 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. 35- bis 49-Jährige (43 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Personen mit hoher formaler Bildung (31 %), 50- bis 64-Jährige (30 %) sowie Anhänger der FDP (35 %), der Linkspartei (29 %) und der Grünen (28 %) nennen das Thema "Satire über Erdogan, Jan Böhmermann, Reaktion der Bundesregierung" überdurchschnittlich häufig. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (28 % zu 10 %). Ostdeutsche und über 65-Jährige (jew. 17 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Die Veröffentlichung der Panama Papiere wird überdurchschnittlich häufig von Personen mit hoher formaler Bildung (17 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (25 %) und der FDP (17 %) genannt.

